

Dans l'espèce, les honoraires ont été alloués à l'administration non par l'assemblée des créanciers, mais par l'autorité inférieure. En conséquence, l'autorité supérieure avait le droit de dire que l'allocation intervenue n'était pas valable, en regard du texte clair et précis de l'art. 50 précité, et que, partant, la somme touchée par l'administration devait être distribuée entre les créanciers perdants.

3. Le recourant ne saurait invoquer, à l'appui de ses conclusions, l'arrêté du Conseil fédéral du 12 mars 1895. Il est vrai que, selon ce prononcé, l'autorité de surveillance peut allouer elle-même les honoraires de l'art. 50 du tarif « si la seconde assemblée des créanciers n'a pas lieu. » Mais cette compétence, exceptionnellement accordée à l'autorité de surveillance, ne peut, en présence des termes catégoriques de l'art. 50 être étendue par analogie au cas où, comme en l'espèce, la seconde assemblée a eu lieu.

4. Quant à savoir si une troisième assemblée de créanciers aurait pu être convoquée pour statuer sur l'allocation d'honoraires dont il s'agit, l'autorité fédérale n'a pas à trancher cette question. L'autorité supérieure cantonale ne l'a, en effet, pas discutée dans le prononcé dont est recours.

5. Enfin, si même l'autorité inférieure de surveillance eût été en droit d'allouer les dits honoraires, l'autorité supérieure, en révoquant cette allocation, n'a violé aucune disposition légale fédérale. Le tarif fédéral se borne à fixer le maximum des frais et émoluments exigibles. Les préposés aux poursuites dont les états de frais ont été réduits par l'autorité cantonale de surveillance, soit ensuite de plainte, soit d'office, ne sont pas recevables, ainsi que l'a décidé le Conseil fédéral, à recourir auprès de l'autorité fédérale de surveillance (Archives IV, 116). Le droit de recours doit, pour les mêmes raisons, être refusé, dans l'espèce, au préposé aux faillites, administrateur de faillite.

Par ces motifs, la Chambre des poursuites et des faillites
prononce :

Le recours est écarté.

62. Entscheidung vom 2. März 1897 in Sachen Gut.

I. Für eine Forderung der Schwestern Jenni in Luzern von 329 Fr. 70 Cts. ist dem Kaspar Gut durch das Betreibungsamt Basel am 14. Oktober 1896 von seinem monatlichen Gehalt bei der Redaktion des „Basler Tagblattes“ ein Betrag von 50 Fr. bis zum Belaufe von 420 Fr. gepfändet worden. Infolge Anschlusses eines andern Gläubigers wurde diese Pfändung auf 85 Fr. erhöht. Der erste Lohnabzug von 85 Fr. wurde unter die Gläubiger abschlagsweise verteilt, und es wurde dabei der zweite derselben gänzlich befriedigt, so daß die Pfändung noch für 50 Fr. per Monat fortbestand. Die Abzüge von November und Dezember sodann wurden in die Gerichtskasse einbezahlt. Nachdem hierauf die Gläubiger, Schwestern Jenni, am 7. Januar 1897 das Verwertungsbegehren gestellt hatten, ordnete das Betreibungsamt Basel die Versteigerung der noch nicht verfallenen Abzüge vom Januar bis Juni 1897 an. Hiegegen beschwerte sich der Schuldner bei der kantonalen Aufsichtsbehörde, weil es nicht angehe, daß gepfändete Lohnforderungen auf dem Wege der Versteigerung zur Verwertung gebracht würden. Der Schuldner liefere sonst Gefahr, den Betrag seiner Schuld mehrfach bezahlen zu müssen: Da nämlich der Erlös der Steigerung selten den Betrag des gepfändeten Lohnes erreichen werde, so werde der Schuldner dem Gläubiger gegenüber auch nicht für den ganzen Betrag derselben liberiert und könne für den nicht gedeckten Teil seiner Forderung neuerdings belangt werden, während der Erwerber der Lohnforderung diese ebenfalls ganz einkassiere. Die kantonale Aufsichtsbehörde wies jedoch die Beschwerde ab mit folgender Begründung:

„Es handelt sich in casu um die Art der Verwertung eines „noch nicht existenten gepfändeten Lohnguthabens. Über die Art „der Verwertung von Forderungen bestimmt Art. 122 des „Betreibungs-gesetzes, daß solche verkauft werden. Der Verkauf ge- „schieht nach Art. 125 auf dem Wege der öffentlichen Steigerung. „An Stelle dieser Versteigerung kann nach Art. 131 auf Ver- „langen sämtlicher Gläubiger Anweisung der Forderung zum

„Nennwert an Zahlungsstatt oder zum Inlasso treten. Eine dritte „Art der Verwertung kennt das Gesetz nicht, namentlich kann, „wie das Bundesgericht in seinem Entscheide vom 11. Februar „1896 i. S. Sütterlin festgestellt hat, nicht auf Grund von „Art. 100 verlangt werden, daß das Betreibungsamt die ge- „pfändeten Lohnbeträge jeweilen nach deren Verfall beim Dritt- „schuldner einziehe und dieselben dann dem Kreditor zuweise, „denn Art. 100 beziehe sich lediglich auf das Stadium der „Pfändung und statuiert die Pflicht des Betreibungsamtes zur „Verwaltung und Erhaltung der Forderung. Für das Stadium „der Verwertung aber gelten einzig die Vorschriften von „Art. 122 ff.

„Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Versteigerung „solcher Forderungen unter Umständen wie den in casu vorliegen- „den für den Schuldner mißliche Folgen haben kann; die Ursache „dieses unbefriedigenden Zustandes liegt aber in erster Linie „darin, daß solche noch nicht existente Forderungen, die einen „Vermögenswert noch gar nicht darstellen, überhaupt gepfändet „werden können. Nachdem aber der Bundesrat (Archiv III, 56, „p. 134) erst künftigen, noch nicht verfallenen und noch nicht ver- „dienten Lohn als pfändbar erklärt hat, müssen auch solche ge- „pfändete Forderungen eben auf dem Wege verwertet werden, den „das Gesetz vorschreibt.“

II. Gegen diesen Entscheid hat Kaspar Gut rechtzeitig an das Bundesgericht recurriert. Unter wiederholtem Hinweis auf die Konsequenzen und die Härte der durch den Entscheid eingeführten Praxis beantragt er Aufhebung desselben. In einer Vernehm- lassung vom 19. Februar 1897 bemerkt der Vertreter der Gläu- biger, S. Widmer in Luzern, daß er „die Beschwerdeführung des Recurrenten Gut voll und ganz teile,“ und daß seine Klientinnen sehr damit einverstanden seien, daß am Salair des Vertriebenen monatliche Abzüge gemacht werden, wie dies auch überall prakti- ziert werde.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht
in Erwägung:

1. Vorab ist festzustellen, daß der Entscheid der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer in Sachen Sütterlin, vom

11. Februar 1896, für die Beurteilung des vorliegenden Falles in keiner Weise präjudizial ist. Dort handelte es sich um die Frage, ob die Verwertung von existenten Lohnguthaben, die nach Behauptung des Schuldners derselben einem Dritten zukamen, dadurch bewerkstelligt werden könne, daß der Betreibungsbeamte dieselben einzufassen habe. Dagegen bezieht sich jener Entscheid nicht auf noch nicht verdienten Lohn, und es entscheidet derselbe deshalb die heute streitigen Fragen, ob und wie dieser zu ver- werten sei, direkt jedenfalls nicht. Da aber ferner der tiefgreifende rechtliche und wirtschaftliche Unterschied zwischen bereits existent gewordenen Lohnguthaben und der Unwartschaft auf noch nicht verdienten Lohn nicht zu verkennen ist, so darf auch nicht etwa ohne weiteres gesagt werden, daß die Grundsätze, die Gesetz und Praxis für die Verwertung jener aufgestellt haben, auch für die Verwertung dieser gelten.

2. Allerdings nun ist, wie in der bundesrechtlichen Praxis feststeht, die Pfändung noch nicht verdienten Lohnes gemäß Art. 93 des Betreibungsgesetzes prinzipiell statthaft. Allein die Wirkungen einer solchen Pfändung sind durch die besondere Natur des Gegenstandes der Beschlagnahme eigenartig bedingt. Letzterer qualifiziert sich nicht als bereits existentes, sondern als ein bloß mögliches zukünftiges Vermögensrecht oder -objekt, welches erst in der Folge durch die persönliche Thätigkeit, die Arbeit, des Schuldners zur Existenz gebracht werden soll. Es besitzt daher hier der Gegenstand der Beschlagnahme einen festen, mit irgend- welcher Sicherheit objektiv bestimmbareren Wert einstrahlen noch nicht, sondern er erwirbt diesen erst in dem Momente, wo der Lohn verdient und daher die Lohnforderung existent geworden ist. Daraus, aus dieser eigentümlichen Natur des Objektes der Pfän- dung folgt denn aber, daß dieses nicht sofort, sondern erst in demjenigen Momente, wo es zu einem festen, objektiv abschätzbaren Recht geworden ist, d. h. erst in demjenigen Momente, wo der Lohn verdient ist, verwertet werden darf und kann. Es springt in der That in die Augen, daß eine frühere Verwertung, sei es durch Versteigerung, sei es durch Überweisung an den Gläubiger der Natur des Verhältnisses und den Bedürfnissen des Lebens widersprechen würde. Insbesondere die Versteigerung noch nicht

verdienter, zukünftiger Lohnbeträffnisse würde, wie keiner weiteren Ausführung bedarf, in der Praxis zu den größten Härten gegen den Schuldner, welcher unter Umständen den doppelten und dreifachen Betrag seiner Schuld bezahlen müßte, und schließlich auch zu Unzufömmlichkeiten für den Gläubiger führen. Ist das im voraus gepfändete Lohnguthaben einmal fällig geworden, so hat alsdann dessen Verwertung in der Regel einfach dadurch zu geschehen, daß das Betreibungsamt dasselbe einzieht (vgl. Art. 100 des Betreibungsgesetzes). Sofern dies, weil etwa das Guthaben nicht liquid ist, nicht geschehen kann, so hat dann allerdings die Versteigerung, oder, wenn der Gläubiger dies beantragt, die Überweisung an denselben gemäß den gesetzlichen Vorschriften über die Verwertung zu erfolgen. Im vorliegenden Fall nun steht nichts entgegen, daß die erstere, normale Art der Verwertung Platz greife, wie dies ja, wie vom Schuldner, so auch vom Gläubiger, der nur in diesem Sinne sein Verwertungsbegehren stellte, beantragt wird.

Aus diesen Gründen hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Refers wird begründet erklärt und demgemäß die Versteigerung des gepfändeten Lohnguthabens des Refurrenten unterjagt.

63. Arrêt du 9 mars 1897 dans la cause
Ramseyer et consorts.

I. — R. Ramseyer, Joseph Rondot, Joseph Ruffiot, Paul Buillard, A. Comte, G. Schrenk, et le Comptoir général des ébauches de la Chaux-de-Fonds, ont porté une plainte auprès de l'autorité supérieure de surveillance des offices de poursuite et de faillite du canton de Berne contre F. Beuret, à Saignelégier, administrateur de la faillite d'Albert Bolliger, ci-devant fabricant d'horlogerie au dit lieu.

Les plaignants prétendaient, entre autres, que l'inventaire dressé par l'office portait de l'horlogerie représentant une

valeur totale de 394 fr. 50, dont il n'était plus fait mention dans le tableau de distribution et dans le compte final.

Dans son prononcé du 18 décembre 1896, l'autorité bernoise de surveillance constata ce qui suit : Toute l'horlogerie que comprenait l'actif de la masse Bolliger se composait de trois lots différents. Un premier lot englobait les débris sauvés d'un incendie. Un deuxième lot comprenait des cartons de montres détenus par divers ouvriers de Bolliger et évalués 224 fr. 50. Enfin, un troisième lot se composait de douze cartons remis pendant la faillite à l'administrateur et qui paraissent valoir 142 fr. 50. Le tableau de distribution ne fait plus mention de ces trois lots parce qu'ils ne figuraient plus dans l'actif de la masse. En effet, le premier lot avait été envoyé à la Compagnie d'assurances « La Bâloise. » Quant aux deux autres lots, ils avaient été remis au failli. Ce dernier a signé, le 25 septembre 1896, une quittance produite par Beuret, de laquelle il résulte que Bolliger a reçu « toute l'horlogerie existant lors de l'incendie, sauf celle remise aux experts. » Ainsi Beuret aurait remis à Bolliger, comme objets insaisissables, de l'horlogerie estimée en tout 224 fr. 50 plus 142 fr. 50, soit 367 fr.

Les plaignants reprochaient ensuite à Beuret d'avoir versé à Bolliger une somme de 300 francs à titre de subside.

L'autorité cantonale a constaté que Bolliger avait reçu ainsi 667 francs, soit 367 francs en horlogerie et 300 francs en espèces, mais elle a reconnu que ce n'était pas à elle à statuer d'abord sur la question de savoir si ce subside était exagéré ou non et qu'il s'agissait d'une simple question de fait laquelle, aux termes de la loi bernoise d'introduction, devait être tranchée en première instance par le Président du tribunal des Franches-Montagnes.

Enfin, les plaignants soulevaient des griefs contre deux états de frais présentés par Beuret.

Sur ce point, l'autorité bernoise de surveillance condamne l'administrateur à restituer à la masse, conformément à la loi, la somme de 126 fr. 55 qu'il avait perçue de trop pour ses honoraires.